

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Direktion:  
Tageblatt Riesa,  
General Nr. 20,  
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Wahren, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1380  
Verleger:  
Riesa Nr. 22.

Nr. 20.

Sonnabend, 24. Januar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Versagens von Produktionsübertragungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 5 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 19 mm breite, 4 mm hohe Grundzeile (8 Spalten) 20 Gold-Pfennige; die 28 mm breite Zeile 30 Gold-Pfennige; Zeitrauben und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag feste Tarife. Besondere Abmachung erfolgt, wenn der Betrag vorläufig durch Anzeigen eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtigste Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Politisches Wetterleuchten über Paris und London.

Am Donnerstagabend trat bekanntlich das Kabinett Steeg in Paris zurück. Der ziemlich unbekanntes Abgeordnete Bonaud von der französischen Bouillon-Gruppe hat es mit seiner Interpellation gestützt, da Ministerpräsident Steeg sich mit seinem Landwirtschaftsminister Boret solidarisch erklärte und bei der entscheidenden Abstimmung mit 10 Stimmen in der Minderheit blieb. So erfüllte sich denn das Schicksal dieses Kabinetts, das immer auf sehr schwachen Füßen stand, schneller, als seine Gegner erwarteten und seine Freunde befürchteten. Kurz vor Weihnachten, als es Herrn Steeg noch schweren und langwierigen Bemühungen endlich gelungen war, ein Kabinett aufzubauen zu bringen, konnte er sich mit knappen 7 Stimmen behaupten. Aus dieser Mehrheit von 7 Stimmen wurde jetzt eine Minderheit von 10 Stimmen. Und damit war die kurze Herrschaft des Linkskabinetts Steeg ausgeträumt. Der äußere Anlaß des Sturzes war so merkwürdig, daß weder in Frankreich, noch außerhalb der französischen Republik ein Politiker von Format glaubt, daß die tieferen Gründe und die letzten Ursachen des Sturzes von Herrn Steeg mit der äußeren Veranlassung identisch sind. Vor einigen Tagen kündete der Landwirtschaftsminister Boret, ein Getreidegroßhändler, die Erhöhung der Agrarsteuern an, um den Weizenpreis auf 175 Franken zu stabilisieren. Dagegen erhob der Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium Léon Reher, gleichzeitiger Bürgermeister von Le Havre, im Namen der Verbraucher Einspruch. Er behauptete, daß der Landwirtschaftsminister Boret seine Vollmachten überschritten hätte und appellierte an das Kabinett. In dessen Schoße kam es am 19. Januar zu einem Kompromiß, infolgedessen man beschloß, ein besonderes Getreideamt zu schaffen, das die Getreidepreise regulieren und überwachen sollte und dem Landwirtschaftsminister Boret den Auftrag erteilte, einen Gesandten zur Stabilisierung der Weizenpreise auszusenden. Alles schien in bester Ordnung, aber Monsieur Boret ist Getreidegroßhändler, die Börsenmänner hatten seine Antinomie kräftig ausgenützt und das politische Frankreich behauptete, daß Boret seinen Kollegen einen guten Tip gegeben und sich nebenbei selbst auf Kosten des Landes kräftig bereichert hätte. Bis zur letzten Stunde glaubte man, daß Steeg sich von Boret trennen würde. Der Ministerpräsident ließ sich aber von der politischen Sauberkeit seines Landwirtschaftsministers überzeugen, so daß er sich mit ihm solidarisch erklärte. Dieses kostete beiden und dem gesamten Kabinett Kopf und Fragen.

Wie in ihrem Privatleben, so sind die Franzosen auch auf politischem Gebiete Lebenskünstler. Sie lieben es interessant zu sein, oder es wenigstens zu scheinen. Der Sturz des Kabinetts Steeg wegen einer Bagatelle ist eine politische Pantomime. Im Hintergrunde steht der völlig gesundheitskritische Wiedergeburtstag Poincaré, der französische Politiker von Formidabel, der in der gegenwärtigen Kammer allein über eine erbärmliche Mehrheit verfügt, die man geradezu als die Poincaré-Mehrheit zu charakterisieren gewohnt ist. Ob Poincaré selbst freilich schon jetzt die Stunde seiner Rückkehr für gekommen erachtet, steht dahin. Möglich, daß Briand vorübergehend als sein Stellvertreter erscheint, bis die Verhältnisse in Genf, in Berlin, in Warschau und in London einigermaßen geklärt sind. In allen den genannten Städten stehen nämlich schwerwiegende außenpolitische Entscheidungen unmittelbar bevor.

In London allerdings stehen zur Zeit innerpolitische Fragen im Vordergrund. Gleichzeitig mit der Vertagung der indischen Kunden-Lich-Konferenz trat das Unterhaus wieder zusammen. Schon die Vorrede auf die gegenwärtige Unterhausberatung mußte kritisch stimmen. Das Kabinett MacDonald hat drei Rippen zu umschiffen, nämlich 1. das Schulgesetz, 2. das Gewerkschaftsgesetz und 3. das Wahlgesetz, bei denen es jedesmal in Trümmer gehen kann. Gleich bei der ersten Vorrede, dem Schulgesetz, blieb es bei der Abstimmung über den Zusatzantrag des Abgeordneten Scour mit 23 Stimmen in der Minderheit. Das Abstimmungsergebnis bekanntgegeben wurde, es war in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag, erlitten auf den Banken der konservativen Oppositionspartei ungeschöner Ruft: „Juridiktoren! Verklümmen!“ Keine angenehmen Prospektive. Fast gleichzeitig kam aus Schottland die Kunde, daß einer der Führer der unabhängigen englischen Arbeiterpartei, der Deilsporen Marston, den Rücktritt MacDonalds forderte, da die Auffassung, es sei Gottes Wille, daß die Arbeiterpartei am Ruder bleibe, damit ja nicht die Tories zur Regierung kämen, in seinen Augen eine Blasphemie ist.

Das Schulgesetz ist jetzt in der Endabstimmung „glücklich“ vom Unterhause angenommen worden. Wer der Zusatzantrag des Abgeordneten Scour ist auch angenommen. Was will das belegen? Auf Grund des neuen englischen Schulgesetzes wird das schulpflichtige Alter von 14 auf 16 Jahre erhöht. Der Streit um das Schulgesetz, der bei uns noch heftig fortbrennt, ist somit in England entschieden. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, daß dieser Beschluß des Unterhauses auch sofort in Kraft tritt, denn auf Grund des Antrages Scour kann das Gesetz erst durchgeführt werden, wenn die Regierung eine Beschließung mit den Vertretern der freien und kirchlichen Schulen darüber herbeigeführt hat, wer die Mehrausgaben für das neue Schuljahr bezahlt. Die Verhandlungen des Kabinetts, die in der letzten Woche schon geführt wurden, sind vollständig gescheitert. Alle Konventionen leiten gegen den Kompromißplan der Regierung, nach

## Der Reichstanzler vor den sächsischen Industriellen.

In der Hofkundsgebung des Verbandes Sächsischer Industrieller in Chemnitz, worüber wir bereits gestern eingehend berichtet haben, nahm mit großem Beifall begrüßt, nach Ministerialdirektor Dr. Riem

### Reichstanzler Dr. Brüning

das Wort. Der Reichstanzler dankte zunächst für die Einladung zu der Tagung und führte dann etwa folgendes aus: Gerade wenn man acht Tage lang durch die Reize der Reichstagsreden in Augenblicke genommen hat, war es Pflicht für die Reichstagsmitglieder, als nächstes Hoffungsgebiet den Reichstagsmitgliedern zu betonen. Ich habe auf meiner Reise keine Verprechungen gemacht und die Bevölkerung und ihre Vertreter nicht einen Augenblick über den Ernst der Lage im unklaren gelassen. Doch es eine Zeitlang von einem so großen Umfang gibt, wissen nicht nur wir, sondern alle Menschen. Ich will feststellen, daß alle Regierungen, ganz gleich in welchen Ländern, mit einer einzigen Ausnahme von den außerordentlichen Schwierigkeiten in der Wirtschaft betroffen worden sind. Das ist natürlich keine Entschuldigung für die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden sind. Ich habe auf meiner Reise hierher die Überzeugung eines Lesekommunikations-Rückfalls, worin dieser feststeht, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die gleichen sind. Die Beseitigung dieser Schwierigkeiten ist aber für Deutschland ganz besonders schwierig. Deutschland hat viele Fehler gemacht, die wir wieder zu machen müssen. Es ist zu verlangen, daß die drückenden Tributen einer Revision unterzogen werden müssen. In dieser Frage ist sich das ganze deutsche Volk glücklicherweise einmütig. Es wäre falsch, etwa die Hände in den Schoß zu legen und alles Heil von der notwendigen Milderung der außenpolitischen Lasten zu erwarten.

Ich erinnere daran, daß es ein großer Fehler war, im Jahre 1928 finanzielle Unruhen an die Revision heranzuführen. In dem Tempo, wie die wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen durchgeführt werden, in dem gleichen Tempo werden wir auch außenpolitisch freier und aktiver auftreten können. Wir haben es mit fähigen Männern auf der anderen Seite zu tun. Wir müssen auch darauf hinaus, daß die Selbstkosten der Industrie weiter gesenkt werden und wir den Anschluß an den Weltmarkt rechtzeitig erreichen, das ist besonders für Sachsen nötig, das ganz auf den Export eingerichtet ist. Der selbständige Unternehmer ist immer mehr hinter den großen Konzernen zurückgetreten. Bei aller Bedeutung, die unsere großen Aktiengesellschaften, Banken und Industriekonzernen gerade für die Wirtschaftsentwicklung unserer Stellung im Weltmarkt gehabt haben, hat auf der anderen Seite der selbständige Unternehmer nicht nur eine besondere wirtschaftliche Bedeutung, sondern auch eine soziale Bedeutung, denn aus ihren Kreisen erwachsen die Männer, die später an die Spitze großer Unternehmungen treten.

Die Tatsache, daß die Bevölkerung den Eindruck bekommt, daß ihre finanziellen Bedürfnisse nicht erfüllt werden, ist eine Demütigung für die Produktion. Es besteht keine Frage, daß nicht nur wir, sondern auch andere große Länder mit dem Ausmaß der Rationalisierung in Landwirtschaft und Industrie den Bedürfnissen vorausgeeilt sind. Und steht der große Massenbedarf, um eine großzügige Senkung der steuerlichen Lasten in wenigen Monaten durchzuführen zu können. Das erziele ich, wenn es einem gelingt, daß man Einsparnisse überall macht, auch in der Regierung. Die Verwaltungsreform ist notwendig. Der Erfolg dieser Sparmaßnahmen wird aber nicht bereits in ein oder zwei Jahren eintreten, sondern vielleicht erst in zehn Jahren. Es gilt, einen Grundriss durchzuführen, nämlich mit wenig Geld möglichst viel zu erreichen. Es gibt eine Reihe von Gebieten, die in den nächsten Monaten einer eingehenden Nachprüfung unterzogen werden müssen, und wir müssen aus dem Stadium heraus, in dem wir uns gegenwärtig befinden.

Es sind zu viel Wege gemacht worden, deren finanzielle Auswirkungen nicht zu übersehen waren. Ich sage das nicht, um Ihnen Ihre Aufgaben zu erschweren oder den Mut oder den Glauben an die Zukunft zu nehmen, sondern um zu zeigen, wie wir wieder aufwärts kommen. Die gesamte Wirtschaftslage zwingt überall die Staatsmänner, jetzt der Wirtschaftsrückfall in die Augen zu sehen und die Wahrheit zu suchen und an die Aufbauseite heranzugehen. Wenn es gelingt, den Vorstoß verschiedener Produktionsgruppen auf einer einzigen Linie, auf einen einzigen Vorkurs zum wirklichen Wiederaufbau zu bringen, dann wird auch der Weg frei im Sinne einer Außenpolitik, wie ich sie wiederholt gekennzeichnet habe. Es wird der Weg frei, mit den noch vorhandenen Variablen die Schwierigkeiten des deutschen Volkes zu lösen. Es gibt nur einen Weg, und zwar einen Weg einer gewissen Härte, um zur Freiheit und aus unserer Not herauszukommen. Der Weg der Wahrheit wird uns moralische Kraft zur eigenen Aufbauseite geben. Und dann wird es der Regierung möglich

dem die Gemeinden 75 Prozent der Mehrausgaben bestreiten sollten, Verwahrung ein. Auf Grund der jetzt vorliegenden Unterhausbekanntnisse kann das neue Schulgesetz erst rechtskräftig werden, wenn die Mehrkosten für die freien und kirchlichen Schulen gedeckt sind. Schon steuert MacDonalds Regierungsschiff die zweite Rippe an, das

sein, und aus der schweren wirtschaftlichen Not zu befreien und unserem Volk zu einer besseren Zukunft zu verhelfen. Die Rede des Reichstanzlers wurde wiederholt durch Zwischenrufe und Beifall unterbrochen. Der Vorsitzende teilte im Anschluß an die Rede des Reichstanzlers mit, daß dieser Gelegenheit nehmen werde, in Berlin mit den maßgebenden Stellen die Frage der Wirtschaftsnut in Sachsen weiter zu beraten.

Es folgten dann Spezialberichte über die wichtigsten Ursachen der Not in Sachsen. Sie wurden durch Ausführungen des als Sachkenner weitbekannten Geheimrats Dr. von Loeben von der Direktion der Girozentrale Sachsen über die Kredittage des Landes und das Problem „Sachsen-Berlin“ eingeleitet. In Berlin müsse man in mehr brüderlichem Geiste an diese Probleme herangehen. Georg Stöhr, Leiter der Firma Stöhr & Co. in Leipzig, erörterte die Ursachen der steuerlichen Ueberbürdung der Industrie unter besonderer Berücksichtigung der sächsischen Verhältnisse. Ueber die Lohnfrage sprach Stadtrat Köhler von der Firma Julius Köhler in Limbach. Er forderte vor allem eine Senkung aller Ueberbelastungen der Wirtschaft, die auch vor den Löhnen und sozialen Abgaben nicht halt machen dürfe. Die sächsische Benachteiligung Sachsens durch die Reichsbahnpreise uvm. legte Robert Wagner von der Firma Robert Wagner in Chemnitz dar. Im Anschluß hieran wurde von Kommerzienrat Doehner von der Firma W. A. Doehner & Sohn in Chemnitz über die schweren Folgen der von der Reichsregierung zu Lasten der Textilindustrie gemachten handelspolitischen Konzeptionen berichtet. Endlich ergänzten Kommerzienrat Andreae und Direktor Zimmermann-Jittau die Reihe der Vorträge noch durch eindrucksvolle Schilderungen der Notlage der Industrie in Westsachsen und in Ostsachsen.

Vor dem eindringlichen Appell des Vorsitzenden des Verbandes an die Öffentlichkeit und die Regierungen und Parlamente übermittelte der stellvertretende Vorsitzende, Abraham Fromm, die Grüße des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung müsse alles zur Erhaltung des selbständigen Unternehmertums bzw. des industriellen Mittelstandes getan werden. Fromm hob hervor, daß es ohne die wirtschaftspolitischen Sünden der Vergangenheit heute dem deutschen Volke besser gehen würde. Wenn auch eine gewisse Einsicht bei den verantwortlichen Stellen sich zeige, so sei doch die so notwendige grundlegende Umorganisation auf dem Gebiete der Finanz- und Wirtschaftspolitik noch nicht da. Gegen die Methode der „eheren Reule“ in der Preisbildungsfrage wandte sich Fromm deswegen besonders scharf, weil mit dieser Maßnahme die Gefahr einer Entwertung gerade des industriellen Mittelstandes hervorgerufen wird.

Auch der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, Dr. Poensgen, ergriff namens der von ihm vertretenen rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie das Wort. Er betonte, daß alle mit gleichen Mitteln gegen die Not ankämpfen müßten, da alle, die Rohstoff- und verarbeitende Industrie, das gleiche wünschten: nämlich Senkung der Selbstkosten und Steigerung des Absatzes. Der Hauptgrund der Arbeitslosigkeit liege aber in den Eingriffen der Behörden in die Führung der Betriebe und in dem Tarifwesen. Dr. Poensgen nahm für die Eisenindustrie in Anspruch, daß sie eine mäßige Preispolitik betrieben habe.

In seinem Schlusswort unterstrich der Verbandsvorsitzende Wille noch einmal den entschlossenen Willen zum Durchhalten. Leider hänge aber das Wesentliche und Entscheidende von anderen Gewalten ab. Es sei nach seiner festen Ueberzeugung möglich, die wirtschaftliche Lage Sachsens zum Besseren zu wenden. Noch gelte die Befehle der sogenannten kapitalistischen Individualwirtschaft. Hülfe man ihnen wieder zur Beachtung, so würden Wirtschaft und Staat wieder gefunden. Die Massen müssen, so kühn der Redner, laut werden durch die kapitalistische Wirtschaft, nachdem sie durch sozialistische Wirtschaft lang geworden seien. Wir warnen vor denen, die den Stein der Weisen anpreisen. Mit schweren Opfern haben wir die Inflation überwunden und eine neue Währung aufgebaut, die wir erhalten wollen. Wir verlangen vom Staat kein Arbeitsbeschaffungsprogramm, überhaupt keine Schlagworte, sondern die endliche Beseitigung aller aufgeblähten Hindernisse, die unsere Arbeit erschweren.

Sachsen, das seit Jahrhunderten für Deutschland arbeitet, muß weiter arbeiten, wenn das Reich bestehen soll.

Mit Dankesworten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Gewerkschaftsgesetz, gegen das die Konservativen zum Sturmangriff blähen und das von hervorragenden liberalen Führern jetzt schon öffentlich abgelehnt wird. Ob es Lord George gelingt, die Mehrheit seiner Freunde für dieses Gesetz und für die Rettung des Kabinetts zu gewinnen? Das erscheint zur Stunde wenigstens zweifelhaft.